

Maßnahmen des Deutschen Aktionsprogramms 2011 für den Euro Plus Pakt

a) Förderung der Wettbewerbsfähigkeit

- Mit dem **Rahmenprogramm Innovation und Querschnittsmaßnahmen** soll die Spitzenstellung Deutschlands in den Schlüsseltechnologien gesichert und ausgebaut.
- Die Bundesregierung wird im März 2011 ein Gesetz beschließen, dessen Ziel es ist, die **Einbindung von Fachkräften mit Auslandsqualifikationen** in das Wirtschaftsleben maßgeblich zu verbessern und die Integration von Migrantinnen und Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt zu fördern
- Die Bundesregierung fördert mit der **Exzellenzinitiative** Gaduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte an Hochschulen. Ziel ist die Förderung von international sichtbarer Spitzenforschung einschließlich der Nachwuchsförderung.
- Der Bund stellt für den **Hochschulpakt** in den Jahren 2011 bis 2015 insgesamt Mittel in Höhe von rund 4,7 bis 4,9 Mrd. Euro zur Verfügung, die Länder stellen die Gesamtfinanzierung sicher.
- Die Bundesregierung setzt den Weg des **Ausbaus und der Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung** konsequent fort. Die „Offensive frühe Chancen: Schwerpunkt –Kitas Sprache & Integration“ ist ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg.
- Die Bundesregierung wird die Mittel für den Aus- und Neubau sowie Erhalt der **Verkehrsinfrastruktur** des Bundes 2012 auf rd. 10 Mrd. € aufstocken.
- Deutschland wird mit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes die Voraussetzungen für einen vorrangig marktgetriebenen **Ausbau einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur** weiter verbessern.
- Die Bundesregierung wird ein „Regierungsprogramm Elektromobilität“ zur umfassenden **Innovationsförderung im Bereich elektrischer Antriebe** vorlegen. (Veröffentlichung des Regierungsprogramms Elektromobilität zeitnah anschließend Ende Mai / Anfang Juni)
- Deutschland wird den **Wettbewerb bei Strom und Gas stärken**: Für den Großhandel mit Strom und Gas wird eine Markttransparenzstelle eingerichtet, um Preismanipulationen zu Lasten der Energieverbraucher schnell aufdecken und sanktionieren zu können.
- Auch durch die Umsetzung der Dritten Binnenmarktrichtlinie Strom/Gas in nationales Recht (Novellierung des EnWG) soll der **Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten weiter gestärkt werden**. Zugleich werden die Voraussetzungen für einen beschleunigten **Netzausbau** geschaffen.
- Deutschland wird ein neues **Energieforschungsprogramm** auflegen. Mit einer veränderten Schwerpunktsetzung und einer verbesserten finanziellen Ausstattung wird dies einen wichtigen Beitrag für den Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien leisten.
- **Weitere Öffnung von geschützten Sektoren: Liberalisierung des Fernlinienbusverkehrs** (Kabinettsbeschluss voraussichtlich April 2011, Inkrafttreten 2012)

wichtig Punkte

- Verbesserte **Rahmenbedingungen für Unternehmen**, GWB-Novelle; Stärkung des Wettbewerbs u.a. durch Entflechtungsinstrument als „Ultima-Ratio“; (GE-Vorlage voraus. 2011)

b) Förderung der Beschäftigung

- Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland unterstreichen mit dem Wettbewerb „**Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen**“ ihre gemeinsamen Anstrengungen in der Förderung von Wissenschaft und Forschung.
- Bund und Länder wollen mit einem **Grundbildungspakt** gemeinsam gegen fehlende und mangelnde Schreib- und Lesekenntnisse vorgehen.
- **Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente** (geringere Zahl, breitere Ermessensspielräume, besseres Controlling; Einleitung Gesetzgebung 1. Hj. 2011, Inkrafttreten 2012)
- Ziel der **Familienpflegezeit** ist die bessere Vereinbarkeit von beruflichen Anforderungen und pflegerischen Aufgaben durch eine gesteigerte Bereitschaft der Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zeit für die Pflege ihrer Angehörigen zu ermöglichen.
- Ziel des Bundesfreiwilligendienstes ist es, auch zukünftig möglichst vielen Menschen die Möglichkeit der Berufsorientierung bzw. des Wiedereinstiegs in den Beruf durch einen **Freiwilligendienst** besonders im sozialen Bereich zu geben.

c) Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

- Vorzeitiges Erreichen der Vorgaben im Rahmen des Defizitverfahrens. **Unterschreitung des 3%-Referenzwertes bereits in 2011**, gefordert war bis 2013.
- **Unterschreiten des Abbaupfades der Schuldenbremse** für den Bundeshaushalt in 2011 und 2012.

d) Stärkung der Finanzstabilität

- effizientere Regulierung und Beaufsichtigung des Kapitalmarkts zur **Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts** (Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz, wurde am 18. März vom Bundesrat angenommen und soll in den nächsten Wochen verkündet werden.)
- **Beteiligung des Bankensektors an den Kosten** für die Bewältigung einer Bankschieflage (Restrukturierungsfondsverordnung wurde vom Kabinett am 2. März 2011 beschlossen; nach Zustimmung des Bundesrates soll sie im Sommer 2011 in Kraft treten).